

530119-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Planungsleistung für die Dachsanierung von Kanzlei und Residenz in Conakry inkl. Implementierung einer PV-Anlage

OJ S 146/2026 31/07/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistung für die Dachsanierung von Kanzlei und Residenz in Conakry inkl.

Implementierung einer PV-Anlage

Beschreibung: Planungsleistung für die Dachsanierung von Kanzlei und Residenz inkl.

Implementierung einer PV-Anlage: Die zu beauftragende Generalplanungsleistung beinhaltet die baldmögliche Erstellung von Planungsunterlagen und Funktionsbeschreibungen der Objektplanung und der TGA als Grundlage für die Umsetzung der Maßnahme. Es soll eine für den Ort Conakry sinnvolle und langlebige Konstruktionsart und Ausführung gefunden werden. Die Umsetzung soll 2026-2027 erfolgen.

Kennung des Verfahrens: 5532026d-cf78-4593-a4c3-c21bd4bd5eed

Interne Kennung: VV-2026-0096

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Rue KA 005

Stadt: Conakry

Postleitzahl: 005

Land, Gliederung (NUTS): Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Guinea

Zusätzliche Informationen: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Guinea, Rue KA 005, Conakry

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle behält sich vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung von Verhandlungsrunden zu erteilen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Korruption: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Betrug: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Zahlungsunfähigkeit: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (GWB) per Unterschrift auf dem Stammbblatt zur Kenntnis genommen und somit akzeptiert.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Planungsleistung für die Dachsanierung von Kanzlei und Residenz in Conakry inkl.

Implementierung einer PV-Anlage

Beschreibung: Es sind folgende projektspezifische planerische Leistungen zu erbringen: 1.

Grundlagenermittlung und Vorplanung: Im Rahmen der Vorplanung ist ein Konzept für eine optimale Dachkonstruktion der beiden Gebäude zu entwerfen. Dabei sind

Transportmöglichkeiten von in Deutschland zu beschaffenden Materialien und/oder Bauteilen zu prüfen. Die Vorplanung ist mit der AV und dem BfAA abzustimmen mit dem Ziel, Kosten

und Terminplanung und die lokalen baulichen Vorschriften in der Planung einzuhalten. Diese Abstimmung ist entsprechend zu dokumentieren. Nach der Vorplanung werden die

Ausschreibung und Vergabe durchgeführt. Der AN bereitet die Vergabeunterlagen vor. 2.

Entwurfsplanung: Vorlage der Entwurfsplanung in deutscher Sprache, mit allen zugehörigen im Vertrag beschriebenen Unterlagen. Einschließlich der Erstellung einer funktionalen

Leistungsbeschreibung für alle Bauteile und technische Anlagen. In der funktionalen

Leistungsbeschreibung sind alle technischen und baulichen Anforderungen, Quali-

tätsvorgaben, ggf. Vorgaben zu Materialien und Produkten, etc. zu beschreiben. Die

Entwurfsplanung und Funktionale Leistungsbeschreibung wird dem AG übergeben als

vertragliche Grundlage der weiteren planerischen und baulichen Umsetzung. 3.

Ausführungsplanung: Erstellung der Ausführungsplanung in Zusammenarbeit mit dem

Hersteller für alle Module und Sicherheitselemente, einschl. Koordination bzw.

Schnittstellenplanung mit allen beteiligten Planern. Notwendige Beratungen und

Abstimmungen zu Ausführungs- bzw. Werk- und Montagplanungen. Prüfung und Bewertung

der Planungen. 4. Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe: Grundleistungen der LPh 6

und LPh 7 für die Vergabe der Bauleistungen. Ggf. Notwendige Beratung und Zuarbeit zu

lokalen Vergaben. 5. Objektüberwachung: Stichpunktartiges Überwachen und Dokumentation

der Ausführung der lokalen Bauunternehmen auf Übereinstimmung mit den vereinbarten

Vorgaben. Herbeiführen aller notwendigen Entscheidungen des AG, insbesondere auch

Änderungsmanagement mit Entscheidungsvorlagen und Klären von Zielkonflikten. Ggf.

Durchführung von Projektbesprechung mit Projektbeteiligten. Systematische

Zusammenstellung der gesamten Schlussdokumentation. Durchführung von Leistungs- und

Funktionsprüfungen baulicher und technischer Anlagen. Vorbereitung und Mitwirkung der

Abnahme und Übergabe an den AG. Überwachen der Beseitigung der bei der Abnahme

festgestellten Mängel. Koordination der vollständigen Schlussdokumentation. Weitere Details

siehe Anlage VV-2026-0096 CONA_Anlage GP_Konzept zur Durchführung der Baumaßnahme

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und

Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Rue KA 005

Stadt: Conakry

Postleitzahl: 005

Land, Gliederung (NUTS): Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Guinea

Zusätzliche Informationen: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Guinea, Rue KA 005,

Conakry

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 16/11/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Anforderung an die Referenzen: Die Leistungsfähigkeit eines Bewerbers/einer Bewerbungsgemeinschaft wird u.a. durch mind. 3 Referenzen über die Fachkunde im Leistungsbereich Dachsanierung inkl. Implementierung von PV-Anlagen nachgewiesen die in Summe einmalige oder mehrjährige Wartung von Gebäudedächern mit einer Grundfläche von mehr als 100 m² innerhalb der letzten 3 Jahre beinhalten Als Referenzen sind Leistungen mit Fertigstellungsdatum der jeweiligen Leistung innerhalb der letzten 3 Kalenderjahre unter vollständiger, überprüfbarer Angabe des Projekts sowie des Referenzgebers zu nennen. Je Referenz müssen zwingend folgende Angaben gemacht werden: > Bezeichnung der Referenz /Beschreibung der Leistungen > Angaben zum Auftraggeber einschließlich Auskunftsperson (Name, Telefon-Nr., E-Mail-Adresse) > Angabe zum Vertragsverhältnis (Hauptauftragnehmer, Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft, Unterauftragnehmer und ggf. Anteil am Auftrag) > Ausführungsort > Stichwortartige Benennung des im eigenen Unternehmen erbrachten maßgeblichen Leistungsumfangs unter Angabe der ausgeführten Mengen (Angabe der Grundfläche) > ggf. Beschreibung besonderer technischer, gerätespezifischer, personaltechnischer Anforderungen Bitte beschreiben Sie die erforderlichen Referenzen im Teilnahmeantrag unter Punkt 4.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bitte geben Sie unter Punkt 1 des Teilnahmeantrags an, welche Teile des Auftrags Sie unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigen: - Angabe des Leistungsbereiches und des vorgesehenen Anteils am Auftrag sowie Name des Nachunternehmens im Fall der Eignungsleihe.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung

Beschreibung: Die zu bewertenden Kriterien sind in der Bewertungsmatrix angegeben

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Die Preisangaben werden aus der Anlage CONA_GP Berechnungstool

HOAI_Kostenschätzung entnommen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=879798>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=879798>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 31/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG macht von den Nachforderungen gemäß §56 VgV gebrauch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder im Vergabeverfahren zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Teilt das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann das Unternehmen nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 bis 4 GWB). Bieter, deren Angebote nicht bezuschlagt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information der Bewerber und Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Registrierungsnummer: 991-01944-42

Postanschrift: Kirchhofstraße 1-2

Stadt: Brandenburg an der Havel

Postleitzahl: 14776

Land, Gliederung (NUTS): Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Deutschland

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Telefon: +49 30 18 4730 16308

Internetadresse: <https://bfaa.diplo.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Registrierungsnummer: t:022894990
Postanschrift: Kaiser-Friedrichstraße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 2289499-0
Fax: +49 2289499-163
Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Registrierungsnummer: t:022894990
Postanschrift: Kaiser-Friedrichstraße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fa33edff-a76a-49f7-9afd-55a4a72e72bf - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 30/07/2026 12:41:05 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 530119-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 146/2026

Datum der Veröffentlichung: 31/07/2026